



Bundesministerium
der Justiz

Leitfaden zum Vereinsrecht



“Vereint geht manches leichter.” Mit diesem treffenden Slogan werben Vereine um engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ein Verein gibt uns die Möglichkeit, gemeinsame Interessen zu pflegen und gemeinsam mit anderen einem guten Zweck zum Erfolg zu verhelfen. Als Bundesjustizministerin bin ich mit verantwortlich dafür, dass für das vielfältige und reiche Vereinsleben in unserem Land ein verlässlicher und gut handhabbarer Rechtsrahmen zur Verfügung steht.

So wurden durch das Gesetz zur Erleichterung elektronischer Anmeldungen zum Vereinsregister und anderer vereinsrechtlicher Änderungen die bundesrechtlichen Voraussetzungen für elektronische Anmeldungen zum Vereinsregister geschaffen und zahlreiche vereinsrechtliche Regelungen modernisiert. Mit dem Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen wurde die Haftung der ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder gegenüber dem Verein und den Vereinsmitgliedern für einfach fahrlässig verursachte Schäden ausgeschlossen.

Bürgerliches Engagement in Vereinen ist ein wichtiger Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zugleich sind Vereine lebhaftes Zeugnis für die freie und selbstverantwortliche Lebensgestaltung ihrer Mitglieder. Die vielfältige und große Vereinslandschaft in Deutschland verdient daher ebenso Anerkennung wie jeder Einzelne, der sich in einem Verein engagiert. Denn ohne die Vereine und ihre ehrenamtlichen Mitglieder gäbe es viele, für das Gemeinwohl wichtige Aktivitäten in unserem Land nicht.

Jeder Verein ist so einzigartig wie die Menschen, die sich in ihm einbringen. Daher kann und will dieser Leitfaden eine anwaltliche Beratung im Einzelfall nicht ersetzen. Die Broschüre soll Vereinen, ihren Mitgliedern und all denen, die sich in Vereinen engagieren wollen, erste Informationen rund um das Thema Verein geben. Wer einen Verein gründen, einem Verein beitreten oder Vereinsämter übernehmen möchte, findet in dieser Broschüre aktuelle Antworten auf Fragen von der Gründung bis zur Beendigung eines Vereins.

Ich hoffe, dass auch die zweite Auflage des Leitfadens zum Vereinsrecht wieder Interesse findet und eine Hilfestellung bietet. Vielleicht kann der Leitfaden sogar den einen oder anderen Leser zu bürgerschaftlichem Engagement in einem Verein ermutigen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Leutheusser Schnarrenberger', written in a cursive style.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Mitglied des Deutschen Bundestages,
Bundesministerin der Justiz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
A. Was ist ein Idealverein?	6
B. Gründung eines Idealvereins	7
I. Vorüberlegungen	7
II. Gründungsmitglieder	8
III. Gründungsprotokoll	9
IV. Satzung	10
1. Inhalt	10
a) Muss-Inhalt der Vereinssatzung	10
b) Soll-Inhalt der Vereinssatzung	11
c) Kann-Inhalt der Vereinssatzung	13
d) Steuerrechtlich veranlasster Inhalt	14
2. Form	14
V. Anmeldung zur Eintragung in das Vereinsregister	15
1. Zuständiges Amtsgericht	15
2. Anmeldung	15
a) Anmeldungsschreiben	16
b) Beizufügende Unterlagen	17
3. Kosten	18
VI. Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister	19
VII. Einsicht ins Vereinsregister	19
C. Laufender Betrieb eines Vereins	20
I. Mitgliederversammlung	20
1. Rechtsstellung der Mitgliederversammlung	20
2. Aufgaben der Mitgliederversammlung	21
3. Einberufung der Mitgliederversammlung	21
4. Durchführung der Mitgliederversammlung	24
5. Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	25

II.	Vorstand	28
	1. Rechtsstellung des Vorstands	28
	2. Aufgaben des Vorstands	30
	3. Bestellung des Vorstands	30
	4. Tätigkeit des Vorstands und Haftung gegenüber dem Verein	32
	5. Ende des Vorstandsamtes	35
III.	Mitgliederrechte und Mitgliederpflichten	37
IV.	Spätere Änderungen im Verein	37
	1. Satzungsänderungen	38
	2. Mitgliederwechsel	39
	a) Erwerb der Mitgliedschaft	39
	b) Erlöschen der Mitgliedschaft	40
D.	Ende des Vereins	41
	I. Auflösung des Vereins	41
	1. Auflösungsgründe	42
	2. Rechtsfolgen der Auflösung	43
	3. Pflichten des Vereins nach der Auflösung	44
	II. Liquidation des Vereins	44
	1. Zuständigkeit für die Liquidation	45
	2. Rechtsstellung der Liquidatoren	46
	3. Aufgaben der Liquidatoren	47
	4. Abschluss der Liquidation	49
E.	Allgemeine Hinweise zum Steuerrecht	50
F.	Weitere Informationen	51

A. Was ist ein Idealverein ?

Der sogenannte "Idealverein" ist die häufigste und typische Form eines Vereins.

Ein Idealverein ist ein Zusammenschluss,

- dem mehrere Personen unter einem Vereinsnamen angehören,
- der freiwillig ist und auf eine gewisse Dauer angelegt wurde,
- der einen gemeinschaftlichen ideellen Zweck verfolgt,
- der einen Vorstand hat und
- der als Vereinigung unabhängig von einem Wechsel der Mitglieder besteht und damit körperschaftlich organisiert ist.

Ein ideeller Zweck ist ein Zweck, der nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung und damit auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Die möglichen ideellen Zwecke sind vielfältig. Das zeigt die bunte Vereinslandschaft in Deutschland: Vereinigungen zur Förderung des Sports, der Kultur, von Natur und Umwelt oder karitativer Zwecke sind überwiegend als Idealvereine organisiert. Allerdings können auch Idealvereine wirtschaftlich tätig sein, nämlich dann, wenn diese Tätigkeit dem ideellen Hauptzweck eindeutig untergeordnet ist.

Beispiel:

Ein Sportverein bleibt auch dann ein Idealverein, wenn er in seinem Vereinsheim ein Restaurant führt. Hier ist die wirtschaftliche Betätigung nämlich nur ein untergeordneter Nebenzweck – Hauptzweck bleibt die Förderung des Sports.

B. Gründung eines Idealvereins

I. Vorüberlegungen

Der Idealverein kann in das Vereinsregister eingetragen werden. Wird der Verein eingetragen, so spricht man vom eingetragenen Verein oder auch vom rechtsfähigen Idealverein (Paragraph 21 Bürgerliches Gesetzbuch). Wird der Verein nicht eingetragen, so spricht man vom nichteingetragenen Verein oder auch nichtrechtsfähigen Idealverein. Sowohl der rechtsfähige als auch der nichtrechtsfähige Verein kann Träger von Rechten und Pflichten sein, kann klagen und verklagt werden und Vermögen erwerben. Unterschiede zwischen rechtsfähigem und nichtrechtsfähigem Idealverein bestehen jedoch beim Haftungsrecht: Zwar haften die Mitglieder weder beim eingetragenen noch beim nichteingetragenen Verein persönlich für die Verbindlichkeiten des Idealvereins. Beim nichteingetragenen Verein haften die für den Verein handelnden Personen aber neben dem Verein auch persönlich für Rechtsgeschäfte, die im Namen des Vereins abgeschlossen werden (Paragraph 54 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch). Handelnde Person ist jede Person, die im Namen des Vereins direkt tätig wird und in irgendeiner Weise als Teil des Vereins in Erscheinung tritt.

Der eingetragene Verein kann ein Grundstück oder Rechte an einem Grundstück erwerben und selbst auch im Grundbuch stehen. Die Grundbuchfähigkeit des nichteingetragenen Vereins ist dagegen umstritten. Der nichteingetragene Verein kann als solcher nach noch überwiegender Ansicht selbst nicht in das Grundbuch eingetragen werden. Anstelle des nichteingetragenen Vereins müssen sämtliche Vereinsmitglieder mit dem Zusatz "als Mitglied des nichteingetragenen Vereins" eingetragen werden. Probleme kann diese Art der Eintragung bei einem häufigen Mitgliederwechsel mit sich bringen.

Insgesamt sind also die rechtlichen Unterschiede nicht groß. Sie sollten sie bei der Gründung Ihres Vereins aber berücksichtigen.

Beispiel: Wenn etwa während des Bestehens des Vereins in jedem Fall ein Grundstück erworben werden soll und der Verein allen Interessierten zum Beitritt offenstehen soll, so dass ein reger Mitgliederwechsel nicht ausgeschlossen ist, hat ein eingetragener Verein Vorteile.

Ein Verein, der nicht in das Vereinsregister eingetragen werden soll, ist dagegen leichter zu gründen und es bestehen auch keine Registerpflichten. Für die Verfolgung von kurzfristigen Zielen kann diese Vereinsform sinnvoller sein als der eingetragene Verein.

II. Gründungsmitglieder

An der Gründung eines Vereins müssen mindestens zwei Personen beteiligt sein. Zwar bestimmt das Gesetz keine Gründerzahl. Der Verein wird geschaffen durch Einigung der Gründer über die Satzung, wofür zwei Personen notwendig sind.

Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgt jedoch nur, wenn der Verein mindestens sieben Mitglieder hat (Paragraph 59 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch). Es ist daher denkbar, dass der Verein zunächst von zwei Personen gegründet wird und bis zur Anmeldung im Vereinsregister weitere Mitglieder aufgenommen werden, so dass dann eine von sieben Mitgliedern unterzeichnete Satzung eingereicht werden kann. Ein Verein kann aber auch schon von sieben oder mehr Personen gegründet werden, so dass er bereits mit Gründung eintragungsfähig ist.

Gründungsmitglieder können alle natürlichen Personen sein, aber beispielsweise auch Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, andere rechtsfähige Vereine, Stadtgemeinden und Landkreise oder auch Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und nichtrechtsfähige Vereine.

Alle Gründungsmitglieder müssen geschäftsfähig sein, um wirksam an der Gründung mitwirken zu können. Der Gründungsakt ist ein Vertrag, der für die Gründer regelmäßig nicht nur rechtlich vorteilhaft ist. Denn mit der Gründung eines Vereins verpflichten sich die Gründer, regelmäßig bestimmte Beiträge an den Verein zu leisten. Geschäftsunfähige Personen können selbst an der Gründung eines Vereins nicht wirksam mitwirken. Für sie muss ihr gesetzlicher Vertreter handeln. Beschränkt geschäftsfähige Minderjährige, die mindestens sieben aber noch nicht 18 Jahre alt sind, können einen Verein nur mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter, also meist der Eltern, gründen. Dasselbe gilt für eine Person, für die ein Betreuer bestellt ist und ein Einwilligungsvorbehalt vom Betreuungsgericht insoweit angeordnet wurde.

Wenn eines der Gründungsmitglieder bei der Vereinsgründung nicht geschäftsfähig war, dann ist der Gründungsakt dennoch wirksam, wenn nur die erforderliche Mindestzahl von Gründungsmitgliedern geschäftsfähig war.

III. Gründungsprotokoll

Zur Gründung eines Vereins müssen sich die Gründungsmitglieder über zwei Punkte einigen: über die Errichtung des Vereins und über seine Satzung. Diese Einigung bildet den sogenannten "Gründungsakt". Soll der Verein eingetragen werden, müssen die Gründungsmitglieder in der Satzung festlegen, dass der Verein durch Registereintragung Rechtsfähigkeit erlangen soll. Die Gründer müssen auch den ersten Vorstand wählen. Der Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Wie viele Personen den Vorstand bilden sollen, ist in der Satzung festzulegen.

Diese Vereinbarungen sollten in einem Gründungsprotokoll festgehalten und von allen Gründungsmitgliedern unterschrieben werden.

Mit der Beschlussfassung über die Satzung und der Wahl des Vorstands entsteht ein nichtrechtsfähiger Verein. Ist beabsichtigt, den Verein in das Vereinsregister eintragen zu lassen, so spricht man bis zur Eintragung vom sogenannten "Vorverein".

Hinweis:

Ein Muster eines Gründungsprotokolls können Sie auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums finden: www.bmj.de/Vereinsrecht

IV. Satzung

Jeder Verein benötigt eine Satzung, über die bei der Gründung des Vereins beschlossen wird.

1. Inhalt

Es gibt Regelungen, die eine Vereinssatzung enthalten muss, Regelungen, die eine Vereinssatzung enthalten soll, und Inhalte, die eine Vereinssatzung zusätzlich enthalten kann.

a) Muss-Inhalt der Vereinssatzung

Die Vereinssatzung eines eingetragenen Vereins muss nach Paragraph 57 Bürgerliches Gesetzbuch:

- den Zweck des Vereins festlegen,
- dem Verein einen Namen geben,
- den Sitz des Vereins bestimmen und
- eine Aussage darüber enthalten, dass der Verein eingetragen werden soll.

aa) Zweck

Mit dem Vereinszweck soll angegeben werden, welche Ziele der Verein verfolgt und was durch den Verein erreicht werden soll. Er ist der Leitsatz für die Vereinstätigkeit.

bb) Name

Den Namen des Vereins können die Gründungsmitglieder grundsätzlich frei wählen. Jedoch darf der Vereinsname nicht in das Vereinsregister eingetragen werden, wenn Buchstaben aneinandergereiht werden, die kein Wort bilden (Beispiel: "G.B.B.").

Beispiel: Ein kleiner regionaler Verein mit wenigen Mitgliedern darf nicht den Begriff "Bundesverband" im Namen verwenden.

Außerdem soll sich nach Paragraph 57 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch der Name von anderen in diesem Ort oder dieser Gemeinde eingetragenen Vereinen deutlich unterscheiden. Zudem darf der einzutragende Name keine irreführenden Angaben enthalten oder Namensrechte anderer verletzen.

cc) Sitz

Jeder Verein braucht einen Sitz. Der Sitz muss in Deutschland sein, denn nach dem Sitz bestimmen sich gerichtliche und behördliche Zuständigkeiten, insbesondere auch die Zuständigkeit des Registergerichts. Er wird in der Satzung festgelegt und ist im Grundsatz frei bestimmbar. Voraussetzung ist jedoch, dass der Verein an seinem gewählten Sitz tatsächlich zumindest postalisch zu erreichen ist. Zu beachten ist außerdem, dass der Ort genau bestimmt sein muss, wobei ausreicht, dass als Sitz der Name einer Gemeinde angegeben wird (zum Beispiel Sitz des Vereins ist Berlin).

Wenn der Sitz nicht festgelegt wird, dann gilt nach Paragraph 24 Bürgerliches Gesetzbuch als Sitz der Ort der Verwaltung, also der Ort, an dem die Vereinsorgane schwerpunktmäßig tätig sind. Für eingetragene Vereine ist diese Vorschrift allerdings nicht relevant. Ein Verein darf nämlich nicht eingetragen werden, wenn in der Satzung kein Sitz bestimmt wurde.

dd) Eintragungswillen

Die Satzung eines eingetragenen Vereins muss auch bestimmen, dass der Verein im Vereinsregister eingetragen werden soll.

b) Soll-Inhalt der Vereinssatzung

Die Vereinssatzung eines eingetragenen Vereins soll nach Paragraph 58 Bürgerliches Gesetzbuch Bestimmungen enthalten über:

- den Eintritt und Austritt der Mitglieder,
- die Beitragspflichten (ob und welche Beiträge von den Mitgliedern zu leisten sind),
- die Bildung des Vorstandes, die eindeutig bestimmt, wie sich der Vorstand zusammensetzt,
- die Voraussetzungen für die Einberufung der Mitgliederversammlung,
- die Form der Berufung und die Beurkundung ihrer Beschlüsse.

Die Satzungsregelung über den Ein- und Austritt soll klarstellen, wie sich diese vollziehen. Für den Eintritt sollte zum Beispiel das Aufnahmeverfahren geregelt werden und angegeben werden, in welcher Form die Eintrittserklärung abgegeben werden soll.

Die Regelung über die Beiträge muss mindestens festlegen, ob Beiträge zu leisten sind. Art und Höhe der Beiträge müssen nicht in der Satzung bestimmt werden, sondern können auch in einer Vereinsordnung festgesetzt werden.

Die Regelungen über die Bildung des Vorstandes müssen mindestens die Aussage enthalten, aus wie vielen Personen sich der Vorstand zusammensetzen soll. Der Verein kann die Ämter mehrerer Vorstandsmitglieder nach seinen Vorstellungen bezeichnen. Die Satzung sollte aber keine Zweifel darüber aufkommen lassen, welche Inhaber der in der Satzung bezeichneten Vereinsämter den Vorstand bilden.

Über die Voraussetzungen und die Form der Einberufung der Mitgliederversammlung können die Vereine grundsätzlich frei entscheiden. Die Regelungen müssen aber eindeutig und bestimmt sein.

Die Satzung kann eine bestimmte Form für die Beurkundung der Beschlüsse festlegen, sie kann aber die Beurkundung auch ausschließen. Für Beschlüsse, die ins Vereinsregister einzutragen sind, empfiehlt es sich allerdings nicht auf eine Beurkundung zu verzichten, da sie dem Registergericht gegenüber nachgewiesen werden müssen.

Beispiel:

Bestimmt eine Satzung, dass ein Vorstand aus einem Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden sowie zwei weiteren Vorstandsmitgliedern besteht und dass der Verein nur gerichtlich und außergerichtlich von den drei Vorsitzenden vertreten wird, steht nicht eindeutig fest, wer Vorstand nach Paragraph 26 Bürgerliches Gesetzbuch ist. Wenn nur die drei Vorsitzenden den Vorstand nach Paragraph 26 Bürgerliches Gesetzbuch bilden sollen, muss das Vereinsorgan, dem noch weitere Mitglieder angehören sollen, anders bezeichnet werden. Gebräuchlich sind insoweit die Bezeichnungen erweiterter Vorstand, Vorstand-schaft oder Gesamtvorstand, die diese Organe deutlich vom Vorstand nach Paragraph 26 Bürgerliches Gesetzbuch abgrenzen.

Zwar handelt es sich bei Paragraph 58 Bürgerliches Gesetzbuch nur um eine bloße “Soll-Vorschrift”. Ein Verein darf allerdings vom Registergericht nach Paragraph 60 Bürgerliches Gesetzbuch nicht eingetragen werden, wenn seine Satzung diese Bestimmungen nicht enthält.

c) Kann-Inhalt der Vereinssatzung

Im Übrigen gibt es in Paragraph 21 und fortfolgende Bürgerliches Gesetzbuch gesetzliche Regelungen für Vereinssatzungen, welche anwendbar sind, wenn die Satzung keine Aussagen trifft. Es ist somit eine “gesetzliche Regelvereinsverfassung” vorhanden, die in vielen Fällen zu einem ausgewogenen Interessenausgleich aller Beteiligten führt. Satzungsregelungen sind nur erforderlich, soweit für den Verein andere Regelungen gelten sollen.

Grundsätzlich sind Abweichungen zulässig. Der Verein kann aufgrund seiner Vereinsautonomie seine innere Ordnung im Wesentlichen selbst bestimmen. So lassen sich beispielsweise die Rechte der Mitglieder weitgehend beschränken; dem Vorstand kann eine übermächtige Stellung eingeräumt werden oder bestimmten Mitgliedern können Sonderrechte, wie zum Beispiel ein mehrfaches Stimmrecht, eingeräumt werden.

Allerdings kann auch in den Bereichen, in denen das Recht den Vereinen Satzungsautonomie gewährt, durch die Satzung nicht jede Regelung getroffen werden. So können Satzungsregelungen, die beispielsweise einem Vereinsorgan Willkür ermöglichen oder die einen so starken Fremdeinfluss im Verein zulassen, dass der Verein zur selbstständigen Willensbildung nicht mehr in der Lage ist, nicht wirksam vereinbart werden. Sofern Abweichungen von den gesetzlichen Regelungen gewünscht sind, ist es deshalb sinnvoll, sich dazu rechtlich beraten zu lassen.

Hinweis:

Bei der Formulierung solcher Satzungsbestimmungen, die ergänzend Vereinsordnungen vorsehen, sollte darauf geachtet werden, dass sich aus ihrem Wortlaut eindeutig ergibt, dass diese Vereinsordnungen nicht Teil der Satzung sein sollen.

Die Satzung kann auch die Schaffung weiterer Regeln, wie etwa Schieds-, Ehren- oder Beitragsordnungen vorsehen. Diese dürfen nicht gegen die Satzung verstoßen und können ohne Einhaltung der Paragraphen 33, 71 Bürgerliches Gesetzbuch geändert werden.

d) Steuerrechtlich veranlasster Inhalt

Bestimmte Zwecke, die ein Verein verfolgt, werden steuerlich begünstigt. Hierfür werden jedoch entsprechende Anforderungen an den Inhalt der Satzung gestellt. Einige Hinweise hierzu finden Sie im Kapitel E "Allgemeine Hinweise zum Steuerrecht".

2. Form

Es gibt zwar keine Formvorschriften für die Erstellung der Satzung. Beim eingetragenen Verein muss die Satzung aber so erstellt werden, dass die Anmeldungsvoraussetzungen nach Paragraph 59 Bürgerliches Gesetzbuch erfüllt werden können. Nach Paragraph 59 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ist mit der Anmeldung eine Abschrift der Satzung und der Urkunden über die Bestellung des Vorstands einzureichen. Die Satzung muss nach Paragraph 59 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch von mindestens sieben Mitgliedern unterzeichnet sein. Die Abschrift der Satzung muss so gestaltet sein, dass das Registergericht anhand dieser Abschrift überprüfen kann, dass das Original der Satzung von sieben Mitgliedern unterzeichnet wurde. Es empfiehlt sich daher, die Satzung in Schriftform nach Paragraph 126 Bürgerliches Gesetzbuch abzufassen, das heißt den Text der Satzung in einer Urkunde festzulegen und diese Satzungsurkunde von mindestens sieben Mitgliedern eigenhändig unterzeichnen zu lassen. Als Abschrift kann dann eine Kopie der Satzungsurkunde eingereicht werden. Dies kann auch eine elektronische Kopie sein, wenn das Landesrecht auch elektronische Anmeldungen zum Vereinsregister zulässt. Auch bei nichteingetragenen Vereinen ist aus Beweisgründen zu empfeh-

Hinweis:

Ein Muster einer Satzung können Sie auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums finden: www.bmj.de/Vereinsrecht

len, für die Satzung Schriftform vorzusehen. Die Satzung muss in deutscher Sprache verfasst werden. In Sachsen und Brandenburg sind auch Satzungen in Sorbisch mit einer deutschen Übersetzung zulässig.

V. Anmeldung zur Eintragung in das Vereinsregister

Für die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister müssen Sie eine Anmeldung und bestimmte Unterlagen bei dem für Sie zuständigen Amtsgericht einreichen. Viele Vereinsregister werden bereits elektronisch geführt. Auch die Anmeldung zur Eintragung in das Vereinsregister kann bei einem Registergericht elektronisch möglich sein, wenn das Landesrecht dies vorsieht. Es ist aber immer auch eine Anmeldung in Papierform möglich. Wenn Sie einen Verein elektronisch anmelden wollen, sollten Sie sich immer erst erkundigen, ob dies bei dem zuständigen Registergericht schon möglich ist.

1. Zuständiges Amtsgericht

Örtlich zuständig ist im Grundsatz das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat. Die Bundesländer können aber die Vereinssachen mehrerer Bezirke einem bestimmten Amtsgericht zuweisen. Von dieser sogenannten “Konzentrationsermächtigung” haben einige Bundesländer Gebrauch gemacht.

2. Anmeldung

Für die Eintragung eines Vereins sind beim Vereinsregister nach Paragraph 59 Absatz 1 und 2 Bürgerliches Gesetzbuch einzureichen:

- ein Anmeldungsschreiben,
- eine Abschrift (zum Beispiel eine Kopie) der Satzung, aufgrund derer überprüft werden kann, dass das Original der Satzung von mindestens sieben Mitgliedern unterzeichnet wurde, und
- eine Abschrift von Unterlagen, aus denen sich die Bestellung des Vorstands ergibt (zum Beispiel eine Abschrift des Gründungsprotokolls, in dem die Bestellung des Vorstands festgehalten ist).

a) Anmeldungsschreiben

Das Anmeldungsschreiben muss den Antrag enthalten, den Verein ins Vereinsregister einzutragen. Aus dem Anmeldeschreiben müssen sich die Namen, die Geburtsdaten und Anschriften der anmeldenden Vorstandsmitglieder ergeben.

Das Anmeldeschreiben ist auch von diesen Vorstandsmitgliedern eigenhändig zu unterzeichnen. Bei einem mehrköpfigen Vorstand müssen so viele Vorstandsmitglieder das Anmeldeschreiben unterzeichnen wie nötig sind, um den Verein wirksam zu vertreten. Ihre Unterschriften sind öffentlich zu beglaubigen (Paragrafen 59 Absatz 1, 77 Bürgerliches Gesetzbuch).

Hierfür suchen die Vorstandsmitglieder in der Regel einen Notar auf, legen einen Personalausweis oder einen Reisepass vor und unterschreiben vor dem Notar das Anmeldungsschreiben. Dieser beglaubigt sodann die Identität der Unterzeichnenden.

Das Anmeldungsschreiben kann vom Verein selbst erstellt werden. Aber auch der Notar kann ein solches Anschreiben erstellen und er kann die Anmeldung an das Registergericht weiterleiten. Für die Erstellung eines Anmeldeantrags sind zusätzliche Kosten zu entrichten.

Hinweis:

In einigen Bundesländern können Unterschriftsbeglaubigungen auch von anderen Stellen vorgenommen werden, nämlich in Baden-Württemberg von den Ratsschreibern (Paragraph 32 des baden-württembergischen Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit), in Hessen von den Vorstehern der Ortsgerichte (Paragraph 13 des hessischen Ortsgerichtesgesetzes) und in Rheinland-Pfalz von den Ortsbürgermeistern und Ortsvorstehern, den Gemeindeverwaltungen der verbandsfreien Gemeinden und den Verbandsgemeindeverwaltungen sowie den Stadtverwaltungen der kreisfreien und großen kreisfreien Städte (Paragraphen 1, 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes über die Beglaubigungsbefugnis).

b) Beizufügende Unterlagen

Der Anmeldung ist eine Abschrift der Satzung beizufügen. Aus der Satzung soll sich der Tag der Errichtung des Vereins ergeben (Paragraph 59 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch).

Die Urschrift der Satzung muss von mindestens sieben Mitgliedern unterzeichnet sein. Die Abschrift muss so gestaltet sein, dass das Gericht anhand der Abschrift überprüfen kann, ob das Original der Satzung von der notwendigen Anzahl von Vereinsmitgliedern unterzeichnet wurde. Diese Anforderungen erfüllt zum Beispiel eine Kopie der Satzung. Der Verein muss also im Zeitpunkt der Anmeldung zum Vereinsregister zumindest sieben Mitglieder haben. Wird er zunächst durch zwei Gründer gegründet, so müssen bis zur Anmeldung zum Vereinsregister weitere Mitglieder gewonnen werden, die dann noch nachträglich die Satzungsurkunde unterzeichnen müssen.

Zudem ist eine Abschrift der Urkunden über die Bestellung des Vorstands beizufügen (Paragraph 59 Absatz 2 Nummer 2 Bürgerliches Gesetzbuch). Wenn die Bestellung des Vorstands im Gründungsprotokoll festgehalten ist, kann eine Abschrift des Gründungsprotokolls eingereicht werden.

Hinweis:

Ein Muster einer Vereinsanmeldung können Sie auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums finden: www.bmj.de/Vereinsrecht

3. Kosten

Das Gericht und der Notar berechnen ihre Kosten nach dem Geschäftswert. Die Gebühren sind je nach der Höhe des Geschäftswerts einer Tabelle in der Kostenordnung zu entnehmen.

Wenn nicht genügend Anhaltspunkte für die Bestimmung des Geschäftswerts vorliegen, so ist der Geschäftswert gemäß Paragraph 30 Absatz 2 Kostenordnung regelmäßig mit 3000 Euro anzunehmen. Je nach Fall kann dieser Wert niedriger oder höher sein. Nach einem Geschäftswert von 3000 Euro beträgt eine volle Gebühr derzeit 26 Euro. Die Gerichtskosten für die Eintragung des Vereins betragen gemäß Paragraph 80 Absatz 1 Nummer 1 Kostenordnung das Doppelte der vollen Gebühr, damit also für die erste Eintragung in diesem Rechenbeispiel 52 Euro. Zusätzlich entstehen Veröffentlichungskosten.

Die Notarkosten betragen für die Beglaubigung einer Unterschrift ein Viertel der vollen Gebühr, mindestens jedoch 10 Euro und höchstens 130 Euro (Paragraphen 140, 33, 45 Kostenordnung).

VI. Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister

In das Vereinsregister werden nach Paragraph 64 Bürgerliches Gesetzbuch eingetragen:

- der Name des Vereins mit dem Zusatz "eingetragener Verein" oder nach abweichender Satzung in Kurzform "e. V.",
- der Sitz,
- der Tag der Satzungserrichtung,
- die Namen, Geburtsdaten und Wohnorte aller Vorstandsmitglieder,
- die Vertretungsmacht der Vorstandsmitglieder.

Die Eintragung wird vom Amtsgericht in einem von der Landesjustizverwaltung bestimmten elektronischen Informations- und Kommunikationssystem bekannt gemacht (Paragraph 66 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch).

Mit der Eintragung in das Vereinsregister erwirbt der Verein Rechtspersönlichkeit als juristische Person (Paragraph 21 Bürgerliches Gesetzbuch). Der bisherige Vorverein wird eingetragener Verein (e. V.). Alle Rechte und Pflichten des Vorvereins gehen auf den eingetragenen Verein über.

VII. Einsicht ins Vereinsregister

Das Vereinsregister und die vom Verein beim Amtsgericht eingereichten Unterlagen, zum Beispiel die Abschrift der Satzung des Vereins, kann jedermann bei dem Gericht, das das Vereinsregister führt, kostenfrei einsehen (Paragraph 79 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch).

Soweit die Vereinsregister von den Ländern bereits in maschineller Form geführt werden, können die Daten aus den Vereinsregistern auch elektronisch über das gemeinsame Registerportal der Bundesländer (www.handelsregister.de) gegen eine geringe Gebühr im Internet abgerufen werden.

C. Laufender Betrieb eines Vereins

I. Mitgliederversammlung

1. Rechtsstellung der Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung kommen die Mitglieder des Vereins zusammen, um durch Beschlüsse über Angelegenheiten des Vereins zu entscheiden. Die Mitglieder können aber auch außerhalb der Mitgliederversammlung Beschlüsse fassen. Wenn in der Satzung dazu nichts geregelt ist, ist eine Beschlussfassung außerhalb der Mitgliederversammlung nach Paragraph 32 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch nur einstimmig möglich. Jedes Mitglied muss seine Zustimmung zu dem Beschluss schriftlich (Paragraph 126 Bürgerliches Gesetzbuch) oder in elektronischer Form (Paragraph 126a Bürgerliches Gesetzbuch) erklären. Geben bei Beschlussfassungen außerhalb der Mitgliederversammlung einzelne Mitglieder ihre Stimme nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Form ab, kommt nach Paragraph 32 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ein wirksamer Beschluss nicht zustande. Die gesetzliche Regelung über die Beschlussfassung außerhalb der Mitgliederversammlung in Paragraph 32 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ist allerdings nicht zwingend. Die Satzung kann für Abstimmungen außerhalb der Mitgliederversammlung auch andere Mehrheits- und Formerfordernisse vorsehen.

Hinweis:

Wenn in weiterem Umfang Beschlussfassungen außerhalb der Mitgliederversammlung zugelassen werden sollen, empfiehlt es sich, das Verfahren für solche Beschlussfassungen in der Satzung eingehend zu regeln, um Streit über die Beschlussfassung zu vermeiden. Zweckmäßig ist es in der Satzung auch zu bestimmen, innerhalb welcher Frist und wem gegenüber die Stimme abzugeben ist, wer die Stimmen auszählt und wie das Abstimmungsergebnis bekannt gemacht wird.

Die Satzung kann auch eine Beschlussfassung in einer Online-Mitgliederversammlung vorsehen. Satzungsregelungen über eine Online-Mitgliederversammlung müssen die Abläufe dieser Versammlungen so gestalten, dass nur Vereinsmitglieder oder deren Vertreter, soweit eine Vertretung zulässig ist, teilnehmen und die Stimme abgeben können.

Nach dem gesetzlichen Leitbild sollen die Mitglieder eines Vereins persönlich an der Mitgliederversammlung teilnehmen und dort über die Vereinsangelegenheiten mitentscheiden. Die Mitgliedschaft im Verein und die mit ihr untrennbar verbundenen Rechte der Vereinsmitglieder sind nach Paragraph 38 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch nicht übertragbar und nicht vererblich. Die Satzung kann jedoch zulassen, dass die Mitgliedschaft übertragen oder die Mitgliedschaftsrechte auch durch einen Vertreter ausgeübt werden können.

Ist ein Vereinsmitglied nicht handlungsfähig, kann immer der gesetzliche Vertreter des Mitglieds die Mitgliedschaftsrechte ausüben. So können für geschäftsunfähige minderjährige Vereinsmitglieder die Eltern oder ein Vormund handeln. Ist eine juristische Person Mitglied eines Vereins, üben grundsätzlich die zuständigen Organe die Mitgliedschaftsrechte aus.

2. Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung entscheidet nach den gesetzlichen Regelungen über:

- die Bestellung des Vorstands (Paragraph 27 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch),
- die Änderung der Vereinssatzung (Paragraph 33 Bürgerliches Gesetzbuch) und
- die Auflösung des Vereins (Paragraph 41 Bürgerliches Gesetzbuch).

Der Mitgliederversammlung werden durch Gesetz die grundlegenden Entscheidungen zugewiesen, während der Vorstand die laufenden Geschäfte des Vereins führen soll. Dafür gibt es gute Gründe. Der Vorstand kann regelmäßig schneller und sachkundiger über die laufenden Geschäfte des Vereins entscheiden. Eine Mitgliederversammlung kann nicht so einfach einberufen werden wie eine Vorstandssitzung. Allerdings sind die grundlegenden Vorschriften über die Aufgaben von Mitgliederversammlung und Vorstand in Paragraph 27 Absatz 3 und Paragraph 33 Bürgerliches Gesetzbuch durch die Satzung abänderbar (Paragraph 40 Bürgerliches

Gesetzbuch). Durch die Vereinssatzung können die Aufgaben zwischen der Mitgliederversammlung und dem Vorstand deshalb auch anders verteilt werden.

3. Einberufung der Mitgliederversammlung

Damit die Vereinsmitglieder in der Mitgliederversammlung über die Angelegenheiten des Vereins entscheiden können, muss sie einberufen werden. Zuständig für die Einberufung ist der Vorstand, soweit die Satzung nichts Abweichendes bestimmt. Unter welchen Voraussetzungen die Mitgliederversammlung einzuberufen ist, muss bei eingetragenen Vereinen in der Satzung bestimmt werden (Paragraph 58 Nummer 4 Bürgerliches Gesetzbuch).

Vereinsatzungen sehen ordentliche Mitgliederversammlungen üblicherweise innerhalb bestimmter Zeiträume vor, zum Beispiel mindestens einmal im Jahr. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist nach Paragraph 36 Bürgerliches Gesetzbuch einzuberufen, wenn im Interesse des Vereins grundlegende Entscheidungen zu treffen sind. Paragraph 37 Bürgerliches Gesetzbuch sieht außerdem vor, dass die Mitgliederversammlung einzuberufen ist, wenn ein Zehntel der Mitglieder die Einberufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.

Auch die Form und das Verfahren der Einberufung müssen eingetragene Vereine in ihrer Satzung bestimmen. In der Regel ist in den Vereinssatzungen vorgesehen, dass der Vorstand die Mitgliederversammlung einberuft. Dies kann geschehen, indem der Vorstand die Mitglieder durch entsprechende Schreiben zur Mitgliederversammlung einlädt. Die Mitgliederversammlung kann aber auch durch eine Bekanntmachung in einer Tageszeitung, in der Vereinszeitung oder durch einen Aushang in den Räumlichkeiten des Vereins einberufen werden.

Die Einladung muss Ort und Zeit der Versammlung angeben. Manche Satzungen enthalten bereits Bestimmungen zu Ort und Zeit der Mitgliederversammlung. Fehlen Bestimmungen zum Versammlungsort, haben die Mitgliederversammlungen in der Regel am Ort des Vereinssitzes stattzufinden. Der Zeitpunkt der Mitgliederversammlungen muss für die Mitglieder zumutbar sein. Sie dürfen nicht in großer Zahl an der Teilnahme gehindert werden, weil ein Termin auf einen Werktag während der üblichen Arbeitszeit oder in die Hauptferienzeit gelegt wurde.

Für die Berechnung der Einberufungsfrist gelten die Paragraphen 186 (und fortfolgende) Bürgerliches Gesetzbuch. Die Einberufungsfrist beginnt, wenn die Einladung nach regulärem Zustellungsverlauf dem letzten Mitglied zugeht, das heißt so in den Bereich des Mitglieds gelangt, dass es unter normalen Umständen die Möglichkeit hat, vom Inhalt des Einladungsschreibens Kenntnis zu nehmen. Die Satzung kann aber auch einen festen Beginn der Einberufungsfrist regeln. So kann zum Beispiel in der Satzung bestimmt werden, dass die Einberufungsfrist für die Mitgliederversammlung einige Tage, nachdem die Einladungsschreiben an die Mitglieder zur Post gegeben wurden, beginnt.

Soweit die Satzung nichts anderes regelt, sind bei der Einladung zur Mitgliederversammlung nach Paragraph 32 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch die Gegenstände zu benennen, über die die Mitgliederversammlung beschließen soll. Unter Gegenständen versteht man die Vereinsangelegenheiten, über die in der Mitgliederversammlung entschieden werden soll und die in der Regel als unterschiedliche Tagesordnungspunkte aufgeführt werden. Diese Angaben sollen es den Mitgliedern ermöglichen, sich für oder gegen eine Teilnahme an der Mitgliederversammlung zu entscheiden und sich auf die Beratung und Beschlussfassung vorzubereiten. Dazu muss ein Beschlussgegenstand hinreichend genau benannt werden. So reicht es beispielsweise nicht aus, nur eine "Satzungsänderung" als Tagesordnungspunkt anzugeben, sondern es müssen nähere Einzelheiten dazu mitgeteilt werden.

Über Gegenstände, die entgegen Paragraph 32 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch nicht in der Einladung angegeben wurden, kann die Mitgliederversammlung nicht wirksam beschließen. Verstöße gegen andere gesetzliche oder satzungsmäßige Einberufungsregelungen können zur Nichtigkeit der Beschlüsse der Mitgliederversammlung führen.

Hinweis:

Ein Muster einer Einladung zur Mitgliederversammlung können Sie auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums finden: www.bmj.de/Vereinsrecht

4. Durchführung der Mitgliederversammlung

Mitgliederversammlungen sind so durchzuführen, dass Vereinsaufgaben sachgerecht erledigt, insbesondere Beschlüsse ordnungsgemäß gefasst werden können. Die Vereinssatzung kann den Leiter der Mitgliederversammlung bestimmen. Fehlt eine entsprechende Satzungsregelung, ist die Leitung von Mitgliederversammlungen grundsätzlich Aufgabe des Vorstands. Besteht der Vorstand aus mehreren Mitgliedern, bestimmt der Vorstand, welches seiner Mitglieder die Mitgliederversammlung leiten soll. Ist die Leitung der Mitgliederversammlung nicht durch die Satzung geregelt, kann aber auch die Mitgliederversammlung selbst eine Person wählen, die die Versammlung leitet. Diese Person muss die Mitgliederversammlung eröffnen, die Beschlussfähigkeit feststellen und die Versammlung so leiten, dass eine einwandfreie Willensbildung und -feststellung möglich ist.

Es gibt keine gesetzlichen Regelungen dazu, wie Beratungen und Beschlussfassungen auf Mitgliederversammlungen ablaufen sollen. Die Vereine können in der Satzung Einzelheiten dazu regeln.

Wenn die Satzung solche Bestimmungen nicht enthält, entscheiden die Mitgliederversammlung oder die Person, die die Versammlung leitet, über die Art und Weise der Beratung und der Beschlussfassung. Die Mitgliederversammlung ist Herrin über ihr Verfahren, soweit die Satzung keine bindenden Regelungen enthält. Die Versammlung kann durch Mehrheitsbeschluss das Beratungs- und Abstimmungsverfahren bestimmen. Der Leiter ist an die Entscheidungen der Mitgliederversammlung gebunden.

Das Vereinsrecht stellt keine besonderen Anforderungen an die Beschlussfähigkeit. Beschlussfähig ist die Mitgliederversammlung, wenn wenigstens ein Mitglied erschienen ist, das Beschlüsse fassen kann. Allerdings enthalten Vereinssatzungen häufig höhere Anforderungen an die Beschlussfähigkeit, insbesondere für wichtige Entscheidungen.

Die Person, die die Versammlung leitet, hat folgende Aufgaben und Rechte: Sie

- gibt die Tagesordnung bekannt und legt die Reihenfolge ihrer Behandlung fest; die Mitgliederversammlung kann allerdings durch Mehrheitsbeschluss auch eine andere Reihenfolge bestimmen,
- ruft die einzelnen Tagesordnungspunkte zur Aussprache und Beschlussfassung auf,
- kann zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliederversammlung auch Ordnungsmaßnahmen ergreifen,
- kann die Redezeiten der Mitglieder beschränken,
- kann Mitgliedern das Wort entziehen und sie auch von der Versammlung ausschließen, wenn dies erforderlich ist, um die sachgerechte Durchführung der Mitgliederversammlung zu gewährleisten, zum Beispiel wenn das Rederecht missbraucht oder die Mitgliederversammlung gestört wird.

Ordnungsmaßnahmen müssen verhältnismäßig sein und alle Vereinsmitglieder müssen gleich behandelt werden. Wird eine Mitgliederversammlung nicht ordnungsgemäß geleitet, kann dies zur Unwirksamkeit der in der Mitgliederversammlung getroffenen Entscheidungen führen.

5. Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung entscheidet nach Paragraph 32 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch grundsätzlich durch Beschluss. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, hat jedes Vereinsmitglied eine Stimme in der Mitgliederversammlung, die es grundsätzlich persönlich abgeben muss. Nach Paragraph 38 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch kann die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte – wozu auch das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung gehört – nicht einem anderen überlassen werden. Die Satzung kann aber gestatten, dass das Stimmrecht eines Vereinsmitglieds auch durch einen Vertreter ausgeübt werden kann. Ist ein Vereinsmitglied nicht geschäfts- oder handlungsfähig, kann der gesetzliche Vertreter das Stimmrecht ausüben, es sei denn, die Satzung lässt eine Stimmabgabe durch den gesetzlichen Vertreter nicht zu. Ist eine juristische Person Mitglied eines Vereins, können die zuständigen Organe für das Mitglied die Stimme abgeben. Für minderjährige Vereinsmitglieder, die geschäftsunfähig sind, das heißt für alle Vereinsmitglieder, die das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können die Eltern oder der Vormund das Stimmrecht ausüben.

Der gesetzliche Vertreter kann auch für ein minderjähriges beschränkt geschäftsfähiges Vereinsmitglied an der Mitgliederversammlung teilnehmen und abstimmen. Ein beschränkt geschäftsfähiger Minderjähriger kann sein Stimmrecht aber mit der Einwilligung, das heißt der vorherigen Zustimmung des gesetzlichen Vertreters immer auch selbst ausüben. Eine Einwilligung ist nach Paragraph 107 Bürgerliches Gesetzbuch nicht erforderlich, soweit der beschränkt Geschäftsfähige durch die Stimmabgabe lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt. In der Regel erteilt der gesetzliche Vertreter mit der Zustimmung zum Eintritt in den Verein dem Minderjährigen auch seine Einwilligung für die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte und damit auch für die Ausübung des Stimmrechts. Ist zweifelhaft, ob der gesetzliche Vertreter die notwendige Einwilligung zu einer Stimmabgabe erteilt hat, kann der Versammlungsleiter verlangen, dass ein beschränkt geschäftsfähiges Vereinsmitglied für seine Stimmabgabe eine schriftliche Einwilligung vorlegt. Unterbleibt dies, kann der Versammlungsleiter die Stimmabgabe nach Paragraph 111 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch mit der Folge zurückweisen, dass sie unwirksam ist.

Ein wirksamer Beschluss bedarf nach Paragraph 32 Absatz 1 Satz 3 Bürgerliches Gesetzbuch der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, d. h. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Für satzungsändernde Beschlüsse und Beschlüsse über die Auflösung des Vereins sehen Paragraph 33 Absatz 1 Satz 1 und Paragraph 41 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch jeweils eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen vor. Für einen Beschluss, durch den der Zweck des Vereins geändert werden soll, ist nach Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch die Zustimmung aller Vereinsmitglieder erforderlich. Der Vereinszweck nach Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ist der oberste Leitsatz der Vereinstätigkeit – kein Mitglied geht also bei seinem Beitritt von der Änderung dieses Zweckes aus. Die Satzung kann in allen Fällen aber auch abweichende Mehrheitserfordernisse bestimmen.

Beschlüsse werden mit der Beschlussfassung wirksam. Manche Beschlüsse bedürfen aber noch bestimmter Durch- oder Ausführungsmaßnahmen, um die gewollte Wirkung zu entfalten. Eine Satzungsänderung beispielsweise wird nach Paragraph 71 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch erst wirksam, wenn der entsprechende Beschluss ins Vereinsregister eingetragen wurde. Ein Beschluss, mit dem ein Mitglied oder ein Dritter in den Vereinsvorstand gewählt wurde, macht diese

Person noch nicht zum Vorstandsmitglied. Die gewählte Person muss außerdem noch einer Bestellungserklärung zustimmen (siehe dazu auch unter C.II.3). Die Person, die die Versammlung leitet, stellt den Inhalt des jeweiligen Beschlusses fest und gibt das Abstimmungsergebnis bekannt. In der Satzung eines eingetragenen Vereins ist auch zu bestimmen, in welcher Form die Beschlüsse festgehalten werden (Paragraph 58 Nummer 4 Bürgerliches Gesetzbuch).

Die Satzungsregelung über die Beurkundung der Beschlüsse sollte auf die Anforderungen des Registerrechts abgestimmt sein. Wenn eine Beschlussfassung Voraussetzung für eine Registereintragung ist, wie zum Beispiel bei der Eintragung von Satzungsänderungen, sollte die Satzungsregelung gewährleisten, dass das Registergericht prüfen kann, ob der Beschluss ordnungsgemäß zustande gekommen ist. Deshalb sehen die meisten Vereinsstatuten vor, dass eine Niederschrift über die Mitgliederversammlung anzufertigen ist, in der mindestens die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Feststellung der Beschlussfähigkeit, die gestellten Anträge, die Art der Abstimmung und das genaue Abstimmungsergebnis aufzuzeichnen sind. Nach dem Vereinsrecht ist die Beurkundung aber keine Voraussetzung für die Wirksamkeit des Beschlusses.

II. Vorstand

1. Rechtsstellung des Vorstands

Jeder Verein muss einen Vorstand haben. Dieser Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. In das Vereinsregister werden nach Paragraph 64 Bürgerliches Gesetzbuch die Mitglieder des Vorstands und ihre Vertretungsmacht eingetragen. Oft besteht der Vorstand aus mehreren Personen, denn so können sich diese wechselseitig beraten und kontrollieren.

Besteht der Vorstand eines Vereins nur aus einer Person, kann – beispielsweise wenn das Vorstandsmitglied stirbt oder durch Krankheit an der Vertretung des Vereins gehindert ist – niemand mehr wirksam für den Verein handeln. Dies kann allerdings auch bei einem Vorstand aus mehreren Personen eintreten, bei dem nur alle Vorstandsmitglieder gemeinsam den Verein vertreten können.

Zuständig für die Bestellung eines Notvorstandes ist das Amtsgericht, das für den Bezirk, in dem der Verein seinen Sitz hat, das Vereinsregister führt. Den Antrag können jedes Vereinsmitglied, jedes Vorstandsmitglied und jede andere Person stellen, die ein schutzwürdiges Interesse an der Bestellung eines Notvorstandes hat, zum Beispiel auch Gläubiger des Vereins. Der Antrag kann schriftlich oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle beim Amtsgericht gestellt werden. Es ist sinnvoll, dass in dem Antrag auch bereits Personen als mögliche Notvorstandsmitglieder benannt werden. In diesem Fall sollten die benannten Personen aber vorher gefragt werden, ob sie bereit sind, das Amt auch zu übernehmen. Dem Antrag können dann auch schon Erklärungen der vorgeschlagenen Personen beigelegt werden, mit denen sie ankündigen, dass sie im Falle der Bestellung durch das Gericht bereit sind, das Amt des Notvorstandes auszuüben.

Hinweis:

Ist ein Verein ohne handlungsfähigen Vorstand, ermöglicht Paragraph 29 Bürgerliches Gesetzbuch in dringenden Fällen die Notbestellung von Vorstandsmitgliedern durch das Amtsgericht.

2. Aufgaben des Vorstands

Der Vorstand ist nach Paragraph 27 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch grundsätzlich das Geschäftsführungsorgan des Vereins. Die Geschäftsführung durch den Vorstand umfasst alle Tätigkeiten zur Förderung des Vereinszwecks, soweit sie nicht durch Gesetz oder Satzung einem anderen Organ zugewiesen sind. Durch Gesetz sind die Geschäfte, die die Grundlagen des Vereins betreffen – wie beispielsweise Satzungsänderungen oder die Vereinsauflösung – der Mitgliederversammlung zugewiesen. Größere Vereine haben häufig hauptamtliche Geschäftsführer, die die laufenden Geschäfte des Vereins führen. Dem Vorstand können durch die Satzung aber auch weitere Geschäfte zugewiesen werden.

Der Vorstand ist das Vertretungsorgan des Vereins. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Besteht der Vorstand nur aus einer Person, so ist das Vorstandsmitglied zur Einzelvertretung des Vereins berechtigt.

Wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht und die Satzung keine Regelung über die Art der Vertretung trifft, wird der Verein nach Paragraph 26 Absatz 2 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch durch eine Mehrheit der Vorstandsmitglieder vertreten.

Die Vertretungsmacht des Vorstands ist nach Paragraph 26 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch umfassend und unbeschränkt. Die Vertretungsmacht kann aber nach Paragraph 26 Absatz 2 Satz 3 Bürgerliches Gesetzbuch durch die Satzung beschränkt werden. Diese Beschränkungen sind nach Paragraph 64 Bürgerliches Gesetzbuch in das Vereinsregister einzutragen.

Nicht begrenzt werden kann die passive Vertretungsmacht eines Vorstandsmitglieds, also die Vertretungsmacht zum Entgegennehmen von Erklärungen. Hat jemand eine Willenserklärung gegenüber dem Verein abzugeben, so kann er dies gegenüber jedem Vorstandsmitglied tun. Alle Vorstandsmitglieder sind nach der zwingenden Vorschrift des Paragraph 26 Absatz 2 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch ermächtigt, Erklärungen entgegenzunehmen, die gegenüber dem Verein abgegeben werden. Auch Beschränkungen der aktiven Vertretungsmacht dürfen nie so weit gehen, dass der Verein nicht mehr handlungsfähig ist.

Als weitere Aufgaben des Vorstands sind im Gesetz ausdrücklich genannt:

- die Anmeldung des Vereins zum Vereinsregister zur Erlangung der Rechtspersönlichkeit,
- die Anmeldung von Satzungs- und Vorstandsänderungen sowie
- die Einreichung einer Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder auf Verlangen des Registergerichts.

Der Vorstand ist auch verpflichtet, die insolvenzrechtlichen Pflichten des Vereins zu erfüllen.

3. Bestellung des Vorstands

Das Amt eines Vorstandsmitglieds wird durch die sogenannte “Bestellung” verliehen. Diese erfolgt nach Paragraph 27 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch grundsätzlich durch die Mitgliederversammlung. Die Satzung kann diese Kompetenz nach überwiegender Ansicht aber auch auf ein anderes Organ – etwa einen Beirat – oder auf einen Dritten übertragen. Dritter kann zum Beispiel ein anderer Verein oder eine staatliche oder kirchliche Stelle sein.

Die Bestellung ist ein zweigliedriger Akt. Zum einen ist eine Entscheidung des zuständigen Bestellungsorgans erforderlich; in der Regel erfolgt dies durch einen Bestellungsbeschluss der Mitgliederversammlung. Findet die Wahl nach den gesetzlichen Regelungen statt, ist nach Paragraph 32 Absatz 1 Satz 3 Bürgerliches Gesetzbuch gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Zum anderen bedarf es einer Bestellungserklärung. Die Bestellungserklärung muss dem Gewählten zugehen und er muss ihr zustimmen, da die Übernahme des Amtes auch mit erheblichen Pflichten verbunden ist. Nimmt der Gewählte an der Mitgliederversammlung teil, wird die Bestellungserklärung der Wahl in der Regel unmittelbar nachfolgen. Dabei ist üblich, dass der Versammlungsleiter den Gewählten fragt, ob er die Wahl annimmt. Dies ist die Bestellungserklärung. Mit der Annahme der Wahl stimmt der Gewählte dieser Bestellungserklärung zu. Damit ist ihm das Vorstandsamt übertragen.

Zum Vorstand können nicht nur Vereinsmitglieder, sondern auch Vereinsfremde bestellt werden. Allerdings kann durch Vereinsatzung bestimmt werden, dass Vorstandsämter nur von Mitgliedern wahrgenommen werden können. Eine solche Satzungsregelung findet sich in den Satzungen vieler Vereine.

Vorstandsmitglieder können natürliche und juristische Personen sowie andere rechtsfähige Personenvereinigungen sein. Da die Bestellung zum Vorstandsmitglied auch mit Pflichten gegenüber dem Verein verbunden ist, können beschränkt geschäftsfähige Minderjährige, die mindestens sieben, aber noch nicht 18 Jahre alt sind, nur mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter – also meist der Eltern – Vorstandsmitglied werden. Ist eine juristische Person oder eine rechtsfähige Personenvereinigung Vorstandsmitglied, übt sie das Amt durch ihr Vertretungsorgan aus. In der Praxis kommt die Bestellung einer juristischen Person zum Vorstand allerdings kaum vor. Denkbar ist dies bei Vereinen, wie zum Beispiel Dachverbänden, deren Mitglieder nur juristische Personen sind.

Nach Paragraph 27 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch übt ein Vorstandsmitglied sein Amt unentgeltlich aus. Soll die Tätigkeit eines Vorstandsmitglieds vergütet werden, muss dies durch die Satzung gestattet werden. Nur dann darf der Verein mit dem Vorstandsmitglied einen Anstellungsvertrag schließen, in dem eine Vergütung für die Tätigkeit im Vorstand gewährt wird. Zuständig für den Abschluss eines Anstellungsvertrages mit einem Vorstandsmitglied ist die Mitgliederversammlung, sofern in der Satzung nichts anderes geregelt ist. Die Mitgliederversammlung kann für den Abschluss des Anstellungsvertrages einen Ausschuss einsetzen oder auch andere Vorstandsmitglieder mit dem Abschluss beauftragen, es sei denn, der Verein hat einen Vorstand, der nur aus einer Person besteht. Da der Vorstand den Vertrag grundsätzlich nicht mit sich selbst abschließen kann (vergleiche Paragraph 181 Bürgerliches Gesetzbuch), scheidet in diesem Falle die Beauftragung des Vorstandsmitglieds aus. In der Regel handelt es sich bei dem Anstellungsvertrag mit einem Vorstandsmitglied um einen Dienstvertrag, für den keine Formvorschriften bestehen. Aus Beweisgründen ist es jedoch zweckmäßig, den Anstellungsvertrag schriftlich abzufassen, wobei für den Verein die durch die Mitgliederversammlung beauftragten Personen unterzeichnen.

Bestellung und Anstellungsvertrag sind zwei voneinander getrennte Rechtsgeschäfte. Die Beendigung der Bestellung führt grundsätzlich nicht zur Aufhebung des Anstellungsvertrages. Im Anstellungsvertrag kann allerdings vereinbart werden, dass dieser mit der Bestellung endet.

4. Tätigkeit des Vorstands und Haftung gegenüber dem Verein

Die Vorstandsmitglieder werden durch ihre Bestellung verpflichtet, die dem Vorstand übertragenen Geschäfte zu führen und den Verein zu vertreten. Der Vorstand ist beim Führen seiner Geschäfte an die Weisungen der Mitgliederversammlung gebunden. Er hat die wirksamen Beschlüsse der Mitgliederversammlung auszuführen. Er hat dem Verein, das heißt der Mitgliederversammlung, Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen. In den meisten Vereinssatzungen ist vorgesehen, dass der Vorstand der Mitgliederversammlung mindestens jährlich über seine Geschäftsführung zu berichten und eine Kostenaufstellung vorzulegen hat (Rechnungslegungspflicht). Die gesetzliche Rechnungslegungspflicht nach Paragraph 27 Absatz 3 in Verbindung mit Paragraph 666 Bürgerliches Gesetzbuch wird durch die Vorlage einer Einnahme-Ausgaben-Rechnung und von Belegen erfüllt. In der Satzung können erweiterte Rechnungslegungspflichten vorgesehen werden.

Verletzen die Vorstandsmitglieder schuldhaft ihre Pflichten und entsteht dem Verein daraus ein Schaden, so sind sie dem Verein (nicht aber einzelnen Vereinsmitgliedern) grundsätzlich nach Paragraph 280 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Unter "schuldhafter" Pflichtverletzung versteht man nicht nur vorsätzliches, sondern auch jede Form von fahrlässigem Fehlverhalten.

Ein Schadensersatzanspruch gegen den Vorstand besteht nicht, wenn der Vorstand auf Weisung der Mitgliederversammlung gehandelt hat.

Hinweis:

Ein Anspruch der Vorstandsmitglieder auf Entlastung besteht nicht. Die Mitgliederversammlung kann auch nur einzelne Vorstandsmitglieder entlasten und eine Entlastung der anderen ablehnen. Die Vorstandsmitglieder, die nicht entlastet werden, haften dem Verein weiterhin für die Schäden aus einer pflichtwidrigen Geschäftsführung nach den allgemeinen Regelungen.

Eine wirksame Begrenzung der Haftungsrisiken der Vereinsvorstände wird auch durch das Rechtsinstitut der Entlastung bewirkt. Die Vereine können in der Satzung Regelungen zur Entlastung der Vorstandsmitglieder treffen, insbesondere festlegen, welches Vereinsorgan über die Entlastung entscheidet.

Viele Vereinssatzungen bestimmen deshalb ausdrücklich, dass die Mitgliederversammlung auch für die Entlastung der Vorstandsmitglieder zuständig ist. Aber auch ohne entsprechende Satzungsregelung kann die Mitgliederversammlung die Vorstandsmitglieder entlasten, beispielsweise am Ende der Amtszeit oder eines jeden Geschäftsjahres oder nach grundlegenden Geschäftsführungsmaßnahmen.

Durch die Entlastung billigt der Verein die vorangegangene Amtsführung oder die Geschäftsführungsmaßnahme eines Vorstandsmitglieds. Damit verzichtet der Verein auf alle Schadenersatzansprüche wegen pflichtwidriger Geschäftsführung, die für die Mitgliederversammlung bei sorgfältiger Prüfung aller Vorlagen und Berichte erkennbar waren.

Vor allem für Vorstandsmitglieder, die unentgeltlich oder nur gegen ein sehr geringes Entgelt tätig sind, wurde die Haftung – trotz Entlastungsmöglichkeit – als zu streng angesehen. Deshalb wurde mit dem Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen vom 28. September 2009 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 3161) die Haftung von unentgeltlich tätigen Vorstandsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern, die für ihre Tätigkeit nur eine jährliche Vergütung erhalten, die 500 Euro nicht übersteigt, gegenüber dem Verein beschränkt. Nach Paragraph 31a Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch haften diese Vorstandsmitglieder dem Verein für einen in Wahrnehmung der Vorstandspflichten verursachten Schaden nur, wenn Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit vorliegen. Vorstandsmitglieder können bei der Wahrnehmung von Vorstandspflichten aber auch Vereinsmitgliedern oder Dritten Schäden zufügen.

Beispiel:

Zu den Aufgaben des Vorstandes eines Sportvereins gehört es auch, im Winter auf dem Vereinsgelände Schnee zu räumen. An einem Tag vergisst das Vorstandsmitglied, den Schnee zu räumen. Auf dem nicht geräumten Vereinsgelände stürzen ein Vereinsmitglied und ein Gast, der die Vereinsgaststätte besucht hatte. Beide verletzen sich bei dem Sturz schwer.

Für diese Schäden haftet den Vereinsmitgliedern und den Dritten der Verein, dem die Pflichtwidrigkeit des Vorstandsmitglieds nach Paragraph 31 Bürgerliches Gesetzbuch zugerechnet wird. Wenn sie auch selbst einen Haftungstatbestand erfüllen, können aber auch die Vorstandsmitglieder den Vereinsmitgliedern und Dritten zum Schadensersatz verpflichtet sein. In dem Beispielsfall kann sich ein Schadensersatzanspruch des Vereinsmitglieds und des Dritten gegen das Vorstandsmitglied aus Paragraph 823 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch ergeben. Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist nach Paragraph 823 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Hier hat das Vorstandsmitglied seine Pflicht, den Schnee zu räumen, nicht erfüllt. Dadurch wurden der Körper und die Gesundheit des Vereinsmitglieds und des Besuchers der Vereinsgaststätte verletzt. Hat das Vorstandsmitglied seine Schneeräumungspflicht vorsätzlich oder fahrlässig verletzt und ist dem Verletzten daraus ein Schaden entstanden, zum Beispiel die Kosten für eine Behandlung der Verletzung oder ein Verdienstausschluss, dann ist der Haftungstatbestand des Paragraph 823 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch erfüllt. Der Verletzte kann von dem Vorstandsmitglied den Ersatz des entstandenen Schadens verlangen.

Ist ein Vorstandsmitglied unentgeltlich tätig oder erhält es für seine Tätigkeit nur eine jährliche Vergütung, die 500 Euro nicht übersteigt, so haftet es auch den Vereinsmitgliedern für in Wahrnehmung seiner Vorstandspflichten verursachte Schäden nach Paragraph 31a Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch nur, wenn Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit gegeben sind. Das Vorstandsmitglied würde also in unserem Beispielsfall dem Vereinsmitglied nur nach Paragraph 823 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch haften, wenn er seine Pflicht, den Schnee zu räumen, vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat. Hat er nur einfach fahrlässig gehandelt, dann ist die Haftung nach Paragraph 31a Bürgerliches Gesetzbuch ausgeschlossen. Allerdings kann die Haftungsbeschränkung nach Paragraph 31a Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch gegenüber den Vereinsmitgliedern durch die Vereinsatzung ausgeschlossen werden, so dass der Vorstand auch gegenüber den Vereinsmitgliedern wieder nach den allgemeinen Regelungen haften muss.

5. Ende des Vorstandsamtes

Die Amtsdauer von Vorstandsmitgliedern ist nicht gesetzlich geregelt. Die Satzungen der meisten Vereine sehen allerdings eine feste Amtsdauer vor. Bestimmt die Satzung nichts anderes, endet das Vorstandsamt mit dem Ablauf der vorgesehenen Amtszeit. Die Satzung kann aber bestimmen, dass die Vorstandsmitglieder noch so lange ihr Amt weiter ausüben, bis neue Vorstandsmitglieder gewählt sind.

Das Vorstandsamt kann aber auch vor Ablauf der Amtsdauer enden – so endet es beispielsweise vorzeitig, wenn ein Vorstandsmitglied stirbt oder geschäftsunfähig wird.

Ein Vorstandsmitglied kann sein Vorstandsamt auch vorzeitig niederlegen. Besteht zwischen dem Vorstandsmitglied und dem Verein kein Anstellungsvertrag, so ist die Amtsniederlegung jederzeit ohne Angabe von Gründen möglich. Das Vorstandsmitglied darf sein Amt aber nur sofort niederlegen, wenn gewährleistet ist, dass auch weiterhin ein funktionsfähiger Vorstand besteht. Etwas anderes gilt nur, wenn für die Amtsniederlegung ein wichtiger Grund vorliegt, das heißt wenn dem Vorstandsmitglied die Fortführung des Amtes nicht mehr zugemutet werden kann.

Die Amtsniederlegung ist gegenüber dem Verein zu erklären. Sie kann gegenüber der Mitgliederversammlung, wenn diese Bestellungsorgan ist, erklärt werden. Hat ein Verein mehrere Vorstandsmitglieder, ist die Amtsniederlegung auch gegenüber einem anderen Vorstandsmitglied zu erklären, das auch insoweit nach Paragraph 26 Absatz 2 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch zur Empfangsvertretung für den Verein ermächtigt ist.

Hinweis:

Wenn ein Vorstandsmitglied sein Amt außerhalb der Mitgliederversammlung niederlegt, empfiehlt es sich, die Amtsniederlegung schriftlich (Paragraph 126 Bürgerliches Gesetzbuch) zu erklären. In dem Schreiben sollte auch angegeben werden, zu welchem Zeitpunkt die Niederlegung wirksam werden soll. So kann Streit darüber, ob und wann das Vorstandsamt endet, vermieden werden. Eine Niederlegung kann allerdings frühestens wirksam werden, wenn das Schreiben dem Verein zugeht.

Besteht zwischen dem Vorstandsmitglied und dem Verein ein Anstellungsvertrag, ist das Vorstandsmitglied dem Verein gegenüber verpflichtet, das Vorstandsamt so lange weiterzuführen, wie der Vertrag wirksam ist. Wenn das Vorstandsmitglied sein Amt trotzdem niederlegt, kann dies eine Verletzung seiner Pflichten aus dem Anstellungsvertrag darstellen, die zu einer Schadensersatzpflicht gegenüber dem Verein führen kann.

Im Falle einer Amtsniederlegung durch ein Vorstandsmitglied oder mehrere Vorstandsmitglieder berufen die verbleibenden Vorstandsmitglieder eine Mitgliederversammlung zur Neuwahl der erforderlichen neuen Vorstandsmitglieder ein. Sollten alle Vorstandsmitglieder ihre Ämter niedergelegt haben, so besteht trotzdem die Möglichkeit, dass eines der ehemaligen Vorstandsmitglieder analog Paragraph 121 Absatz 2 Satz 2 Aktiengesetz eine Mitgliederversammlung einberuft, solange es noch als vertretungsberechtigt im Vereinsregister geführt wird. Kommt jedoch auch dies nicht in Betracht oder kann die Einberufung einer Mitgliederversammlung wegen dringlich zu erledigender Angelegenheiten nicht abgewartet werden, so kann vom Amtsgericht nach Paragraph 29 Bürgerliches Gesetzbuch ein Notvorstand bestellt werden (zum Verfahren der Bestellung siehe oben C.II.1).

Der Verein kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied nach Paragraph 27 Absatz 2 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch jederzeit widerrufen. In der Satzung kann vorgesehen werden, dass ein Widerruf nur aus wichtigem Grund zulässig sein soll, zum Beispiel bei Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung. Für den Widerruf zuständig ist das Bestellungsorgan, in den meisten Vereinen also die Mitgliederversammlung. Sie entscheidet durch Beschluss. Der beschlossene Widerruf wird aber erst wirksam, wenn die Widerrufserklärung dem betroffenen Vorstandsmitglied mitgeteilt wird.

III. Mitgliederrechte und Mitgliederpflichten

Vereinsmitglieder haben aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Verein Rechte und Pflichten. Die Mitgliedschaft kann, soweit die Satzung nichts anderes regelt, nicht übertragen, vererbt oder verpfändet werden. Mitgliederrechte sind beispielsweise das Recht auf Benutzung von Vereinseinrichtungen sowie auf Teilnahme an Vereinsveranstaltungen, das Recht, mit anderen Vereinsmitgliedern die Einberufung der Mitgliederversammlung zu verlangen und zu erzwingen (Paragraph 37 Bürgerliches Gesetzbuch), das Recht auf Teilnahme an der Mitgliederversammlung, das passive Wahlrecht (also das Recht, sich als Vorstand oder sonstiges Vereinsorgan wählen zu lassen) sowie das Recht auf Austritt aus dem Verein (Paragraph 39 Bürgerliches Gesetzbuch).

Zu den wichtigsten Pflichten der Mitglieder gehören die Beitragspflicht und die Treuepflicht. Aufgrund der Beitragspflicht sind die Mitglieder verpflichtet, die festgelegten Beiträge zu leisten. Die Treuepflicht verlangt von den Mitgliedern, Interessen des Vereins zu fördern und vereinschädigendes Verhalten zu unterlassen. Von den Mitgliedern wird aber auch die Bereitschaft zur Übernahme von Vereinsämtern erwartet.

IV. Spätere Änderungen im Verein

Im Laufe des Bestehens eines Vereins können sich die Verhältnisse eines Vereins ändern und neue Anforderungen an den Verein gestellt werden. Dies kann dazu führen, dass auch die Satzung des Vereins geändert werden muss. Beschlussfassungen über Satzungsänderungen unterliegen nach der gesetzlichen Regelverfassung strengeren Anforderungen als Beschlussfassungen über andere Gegenstände.

1. Satzungsänderungen

Zuständig für Satzungsänderungen ist grundsätzlich die Mitgliederversammlung. Diese fasst einen Beschluss über die Satzungsänderung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen (Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch), sofern sich nichts Abweichendes aus der Satzung ergibt. Jede Satzungsänderung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Eintragung in das Vereinsregister (Paragraph 71 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch). Ohne diese Eintragung ist die Änderung nicht wirksam. Satzungsänderungen sind beispielsweise die Änderung des Vereinszwecks, des Vereinsnamens oder die Sitzverlegung.

Hinweis:

Eine Sitzverlegung kann innerhalb der Bundesrepublik Deutschland unproblematisch erfolgen. Die Anmeldung zur Eintragung in das Vereinsregister hat beim Gericht des bisherigen Sitzes zu erfolgen. Dieses gibt den Vorgang an das Gericht des neuen Sitzes ab. Das Gericht des neuen Sitzes prüft dann die Anmeldung und nimmt die Eintragung vor.

Betrifft die Satzungsänderung die Änderung des Vereinszwecks, kann sie nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden (Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch). Die nicht bei der Abstimmung erscheinenden Mitglieder können auch schriftlich außerhalb der Mitgliederversammlung zustimmen.

Nicht jede Änderung der Satzungsbestimmung über den Zweck ist allerdings eine Zweckänderung nach Paragraph 33 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch. Soll die Satzungsbestimmung nur neu gefasst, ergänzt oder erweitert werden, ohne den bisherigen Zweck des Vereins grundlegend zu verändern, liegt darin regelmäßig keine Zweckänderung.

Hinweis:

Ein Muster für die Anmeldung einer Satzungsänderung können Sie auf der Internetseite des Bundesjustizministeriums finden: www.bmj.de/Vereinsrecht

2. Mitgliederwechsel

Auch die Mitgliederstruktur eines Vereins unterliegt der Veränderung.

a) Erwerb der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft wird durch die Teilnahme an der Gründung des Vereins oder durch einen späteren Eintritt in den bereits gegründeten Verein erworben. Für einen Eintritt in den Verein schließen der Bewerber oder die Bewerberin und der Verein einen Aufnahmevertrag ab. Hierfür sendet der Bewerber oder die Bewerberin einen Aufnahmeantrag oder eine Beitrittserklärung an den Verein. Der Aufnahmevertrag kommt zustande, wenn der Verein den Antrag annimmt und dem Bewerber oder der Bewerberin die Annahme mitteilt.

Nach Paragraph 58 Nummer 1 Bürgerliches Gesetzbuch sind Bestimmungen über den Ein- und Austritt der Mitglieder beim eingetragenen Verein der Satzung zu entnehmen. Der Verein kann über das Aufnahmegesuch grundsätzlich frei entscheiden und gegebenenfalls die Aufnahme auch ohne Begründung ablehnen. Allerdings kann ein Verein, insbesondere wenn er eine überragende Machtstellung im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich hat, verpflichtet sein, einen Beitrittswilligen aufzunehmen.

Für eine Person, die geschäftsunfähig ist, kann der gesetzliche Vertreter die Beitrittserklärung abgeben. Ein Minderjähriger, der mindestens sieben, aber noch nicht 18 Jahre alt ist, bedarf zum Beitritt der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Für juristische Personen handeln beim Beitritt ihre zuständigen Organe.

b) Erlöschen der Mitgliedschaft

Jede Mitgliedschaft endet mit der Beendigung des Vereins. Die Mitgliedschaft kann aber auch durch Austritt des Mitglieds, durch Tod des Mitglieds oder durch Ausschluss des Mitglieds aus dem Verein erlöschen. So kann die Satzung bestimmen, dass ein Mitglied beispielsweise bei schwerwiegender Verletzung der Mitgliederpflichten aus dem Verein ausgeschlossen wird oder in diesen Fällen ein automatisches Erlöschen der Mitgliedschaft vorsehen.

Die Mitglieder sind jederzeit zum Austritt aus dem Verein berechtigt. Dieses Recht kann auch nicht durch die Satzung ausgeschlossen werden.

In der Satzung kann aber eine Frist für einen Austritt geregelt werden. Diese darf nach Paragraph 39 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch aber höchstens zwei Jahre betragen. Um aus dem Verein auszutreten, hat das Mitglied dem vertretungsberechtigten Vorstand eine Austrittserklärung zuzuleiten. Üblich und empfehlenswert ist es, die Austrittserklärung an den Vorstand in Schriftform mit eingeschriebenem Brief oder gegen eine Empfangsbestätigung zu senden.

Mit dem Wirksamwerden des Austritts oder der sonstigen Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Mitgliedsrechte und -pflichten.

D. Ende des Vereins

Ebenso wie die Entstehung des eingetragenen Vereins als Rechtssubjekt mit eigener Rechtspersönlichkeit ist auch seine Beendigung im Vereinsrecht geregelt. Die Beendigung eines eingetragenen Vereins setzt in der Regel seine Auflösung und in den meisten Fällen noch eine anschließende Liquidation voraus. Es gibt aber auch Fälle, in denen der Verein auf andere Weise erlischt, zum Beispiel durch eine Umwandlung.

Das Vereinsrecht enthält ausreichende Regelungen für die Beendigung des Vereins. Diese Regelungen haben vielfach zwingenden Charakter, so dass in diesem Bereich die Gestaltungsmöglichkeiten durch die Satzung begrenzt sind. Die gesetzlichen Regelungen ermöglichen auch ohne zusätzliche Satzungsbestimmungen eine geordnete Beendigung eines Vereins. Gleichwohl lohnt es sich bei Gründung des Vereins auch zu prüfen, inwieweit die gesetzlichen Regelungen zu Auflösung und Liquidation durch Satzungsbestimmungen für den jeweiligen Verein geändert, ergänzt oder ausgefüllt werden sollten. Insbesondere bei Vereinen, die nur für eine bestimmte Zeit errichtet werden, so dass schon bei der Gründung feststeht, dass sie in absehbarer Zeit auch wieder aufgelöst werden müssen, sollte überlegt werden, ob auch besondere Satzungsregelungen für die Beendigung des Vereins zu treffen sind.

I. Auflösung des Vereins

Ein Verein kann aus verschiedenen Gründen und auf verschiedene Arten aufgelöst werden. Die Rechtsfolgen der Auflösung sind aber weitgehend gleich. Ein Verein kann mit der Auflösung beendet werden oder aber zum Liquidationsverein werden und erst nach der Liquidation enden.

1. Auflösungsgründe

Jeder Verein kann – auch ohne dass dies in der Satzung geregelt werden muss – von seinen Mitgliedern aufgelöst werden. Nach Paragraph 41 Bürgerliches Gesetzbuch ist für die Auflösung ein Beschluss der Mitgliederversammlung erforderlich. Für den Beschluss ist mindestens eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen nötig. In der Satzung können aber auch andere Mehrheitserfordernisse für den Auflösungsbeschluss festgelegt werden. Die Satzung kann ein geringeres, aber auch ein höheres Mehrheitserfordernis festlegen und so die Auflösung erleichtern oder erschweren.

Außerdem wird ein Verein zum Beispiel auch aufgelöst durch

- die Eröffnung des Insolvenzverfahrens,
- Zeitablauf, wenn er nur für einen bestimmten Zeitraum gegründet wurde,
- die Verlegung des Vereinssitzes ins Ausland,
- den Wegfall sämtlicher Mitglieder.

Die gleichen Wirkungen wie die Auflösung hat beim eingetragenen Verein die Entziehung der Rechtsfähigkeit. Einem eingetragenen Verein ist zum Beispiel nach Paragraph 73 Bürgerliches Gesetzbuch die Rechtsfähigkeit zu entziehen, wenn der Verein weniger als drei Mitglieder hat.

Hinweis:

Wegen der besonderen Bedeutung des Auflösungsbeschlusses bedarf es zur Festlegung eines anderen Mehrheitserfordernisses für den Auflösungsbeschluss stets einer ausdrücklich auf die Auflösung bezogenen Satzungsklausel. Durch eine Satzungsregelung, die nur allgemein die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung regelt, kann die Bestimmung über die Mehrheit für den Auflösungsbeschluss in Paragraph 41 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch nicht modifiziert werden.

2. Rechtsfolgen der Auflösung

Mit der Auflösung oder Entziehung der Rechtsfähigkeit endet der Verein in der Regel noch nicht. Die Auflösung oder Entziehung der Rechtsfähigkeit führt nach Paragraph 46 Bürgerliches Gesetzbuch nur dann auch zur Beendigung des Vereins, wenn das Vereinsvermögen im Falle der Auflösung oder der Entziehung der Rechtsfähigkeit an den Fiskus, das heißt an die Bundesrepublik Deutschland oder ein Bundesland fällt. Dies kann durch die Satzung oder aufgrund der Satzung durch Beschluss der Mitgliederversammlung angeordnet werden. Das Vermögen kann aber auch, wenn eine entsprechende Regelung durch die Satzung oder einen Beschluss der Mitgliederversammlung nicht getroffen wurde, nach Paragraph 45 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch dem Fiskus zufallen.

Aufgrund des Paragraphen 45 Bürgerliches Gesetzbuch lässt sich zwar auch ohne eine entsprechende Satzungsregelung immer bestimmen, wer das Vereinsvermögen nach Beendigung des Vereins erhalten soll, das heißt wer die Anfallberechtigten sind. Gleichwohl ist es sinnvoll, in der Satzung ausdrücklich die Anfallberechtigten zu bestimmen.

Hinweis:

Gemeinnützige Vereine müssen nach Paragraph 5 der Mustersatzung in der Anlage zur Abgabenordnung bestimmen, dass das Vereinsvermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft fällt, die es wiederum für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden haben.

3. Pflichten des Vereins nach der Auflösung

Wurde ein Verein durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst, so hat der Vorstand des Vereins nach Paragraph 74 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch die Auflösung zur Eintragung ins Vereinsregister anzumelden. Dasselbe gilt, wenn ein auf bestimmte Zeit gegründeter Verein aufgrund Zeitablaufs aufgelöst wurde.

Wird ein Verein aufgelöst oder wird ihm die Rechtsfähigkeit entzogen und fällt das Vereinsvermögen nicht an den Fiskus, ist zur Beendigung des Vereins nach Paragraph 47 Bürgerliches Gesetzbuch zusätzlich noch seine Liquidation erforderlich. Dies ist immer dann der Fall, wenn durch die Satzung oder durch einen Beschluss der Mitgliederversammlung wirksam ein anderer Anfallberechtigter als der Fiskus bestimmt wurde oder das Vereinsvermögen nach Paragraph 45 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch den Vereinsmitgliedern zufällt. Bei Auflösung des Vereins durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens tritt allerdings das Insolvenzverfahren an die Stelle der Liquidation nach den Paragraph 47 (und fortfolgende) Bürgerliches Gesetzbuch.

Muss eine Liquidation stattfinden, dann hat der Vorstand nach Paragraph 76 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch die Liquidatoren zum Vereinsregister anzumelden.

II. Liquidation des Vereins

Wenn nach Auflösung eines Vereins noch seine Liquidation erforderlich ist, besteht der Verein nach Paragraph 49 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch bis zur Beendigung der Liquidation fort. Mit Eintritt in das Liquidationsstadium endet aber die werbende Vereinstätigkeit. Anstelle des bisherigen Vereinszwecks tritt der Abwicklungszweck, das heißt die Vereinstätigkeit ist dann darauf beschränkt, die laufenden Geschäfte des Vereins zu beenden, das vorhandene Vereinsvermögen in Geld umzusetzen, die Gläubiger zu befriedigen und den Überschuss an die Anfallberechtigten auszuzahlen.

Auch der Liquidationsverein hat noch seine Mitglieder und auch eine Mitgliederversammlung, die er weiterhin einberufen kann. Auch während der Liquidation

kann die Mitgliederversammlung noch die Vereinsatzung ändern. Die Mitgliederversammlung kann insbesondere auch Liquidatoren bestellen und abberufen. Sie kann, solange der Verein noch nicht beendet ist, und der Auflösungsgrund nicht entgegensteht, auch die Fortsetzung des Vereins beschließen, so dass dieser wieder zum werbenden Verein wird. Ein solcher Fortsetzungsbeschluss ist in der Regel immer möglich, wenn der Verein durch Beschluss der Mitgliederversammlung oder durch Fristablauf aufgelöst wurde.

1. Zuständigkeit für die Liquidation

Für die Liquidation eines Vereins sieht das Vereinsrecht mit den Liquidatoren ein besonderes Vereinsorgan vor. Sie treten als gesetzliches Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan an die Stelle des Vorstandes. "Geborene Liquidatoren" sind die Vorstandsmitglieder, die nach Paragraph 48 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch auch für die Liquidation zuständig sind. Mit Eintritt des Vereins ins Liquidationsstadium werden die Vorstandsmitglieder zu den Liquidatoren. Ist Paragraph 48 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch anwendbar oder dem Vorstand auch noch ausdrücklich in der Satzung die Aufgabe der Liquidation zugewiesen, dann besteht für die einzelnen Vorstandsmitglieder Amtskontinuität. Es bedarf keines besonderen Bestellungsaktes, um die Vorstandsmitglieder zu Liquidatoren zu machen.

Die Vereine können aber in der Satzung auch andere Personen zu Liquidatoren bestimmen oder die Mitgliederversammlung kann andere Liquidatoren bestellen. Wenn in der Satzung keine besonderen Regelungen für die Einsetzung dieser Liquidatoren getroffen wurden, sind sie nach den für die Bestellung des Vorstandes bestehenden Bestimmungen einzusetzen.

Hat ein aufgelöster Verein keine Liquidatoren und kann die Mitgliederversammlung auch keine bestellen, weil ohne die Liquidatoren kein Einberufungsorgan vorhanden ist, können Liquidatoren im Wege der Notbestellung nach Paragraph 48 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch in Verbindung mit Paragraph 29 Bürgerliches Gesetzbuch vom Amtsgericht bestellt werden.

2. Rechtsstellung der Liquidatoren

Die Liquidatoren haben nach Paragraph 48 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch die Rechtsstellung des Vorstands. Sie sind also das Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan des Vereins. Ebenso wie Vorstandsmitglieder kann die Mitgliederversammlung auch Liquidatoren nach Paragraph 48 Absatz 2 in Verbindung mit Paragraph 27 Absatz 2 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch grundsätzlich jederzeit abberufen. Auch die Liquidatoren können ihr Amt grundsätzlich jederzeit ohne Einhaltung einer Frist niederlegen.

Der Umfang der Geschäftsführungsbefugnis wird durch den Abwicklungszweck bestimmt. Hat ein Verein mehrere Liquidatoren, können diese Beschlüsse zur Geschäftsführung nach Paragraph 49 Absatz 3 Bürgerliches Gesetzbuch nur einstimmig fassen und den Verein nur gemeinsam vertreten.

Hinweis:

Durch die Satzung kann aber eine andere Mehrheit für die Beschlussfassung und andere Arten der Vertretung bestimmt werden, insbesondere auch Mehrheits- oder Einzelvertretung für die Liquidatoren vorgesehen werden.

3. Aufgaben der Liquidatoren

Die Liquidatoren haben nach Paragraph 49 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch den Verein abzuwickeln, das heißt sie haben die laufenden Geschäfte des Vereins zu beenden, die Forderungen des Vereins einzuziehen, das übrige Vermögen in Geld umzusetzen, die Gläubiger zu befriedigen und den Überschuss an die Anfallberechtigten auszuzahlen.

Über ihre Tätigkeit haben die Liquidatoren der Mitgliederversammlung Rechnung zu legen. Soweit die Satzung keine besonderen Regelungen trifft, ist nach Paragraphen 48 Absatz 2 in Verbindung mit 27 Absatz 3, 666 Bürgerliches Gesetzbuch zumindest eine Schlussrechnung zu erteilen und gegebenenfalls ein Verteilungsplan für das verbleibende Vereinsvermögen aufzustellen. Dauert die Liquidation längere Zeit, so müssen die Liquidatoren auch das vorhandene Vereinsvermögen ordnungsgemäß verwalten, zum Beispiel vorhandenes Kapital zinsbringend anlegen. Die Liquidatoren müssen auch entscheiden, wenn die Satzung dazu keine Regelung enthält, ob und wo Bücher und Schriften des Vereins nach der Beendigung aufbewahrt werden sollen. Sie können darüber aber auch die Mitgliederversammlung entscheiden lassen und dann deren Beschluss ausführen.

Sie haben nach Paragraph 50 Absatz 1 Bürgerliches Gesetzbuch die Auflösung des Vereins öffentlich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung sind die Gläubiger des Vereins aufzufordern, ihre Ansprüche gegen den Verein anzumelden. Diese Bekanntmachung muss in dem vom Verein für seine Bekanntmachung bestimmten Bekanntmachungsblatt veröffentlicht werden. Hat der Verein kein Bekanntmachungsblatt in seiner Satzung bestimmt oder hat das dort bestimmte Blatt sein Erscheinen eingestellt, ist die Bekanntmachung nach Paragraph 50a Bürgerliches Gesetzbuch in dem Bekanntmachungsblatt des Amtsgerichts zu veröffentlichen, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat.

Soweit den Liquidatoren die Vereinsgläubiger bekannt sind, haben sie diese nach Paragraph 50 Absatz 2 Bürgerliches Gesetzbuch durch besondere Mitteilung zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufzufordern. Bekannte Gläubiger sind alle Gläubiger, die mindestens einem der Liquidatoren in Person bekannt sind. Für die Mitteilung an die bekannten Gläubiger sieht das Gesetz keine besondere Form vor.

Hinweis:

Es empfiehlt sich allerdings, eine schriftliche Mitteilung vorzusehen und diese so an den Gläubiger zu übermitteln, dass ihr Zugang im Streitfall auch bewiesen werden kann.

Erfüllen die Liquidatoren ihre Bekanntmachungspflichten aus Paragraph 50 Bürgerliches Gesetzbuch nicht und entsteht einem Gläubiger daraus ein Schaden, so sind sie, wenn sie schuldhaft gehandelt haben, diesem nach Paragraph 53 Bürgerliches Gesetzbuch zum Ersatz dieses Schadens verpflichtet.

Die Liquidatoren dürfen das Vereinsvermögen nach Paragraph 51 Bürgerliches Gesetzbuch frühestens ein Jahr nach Bekanntmachung der Auflösung auszahlen (Sperrjahr). Meldet sich ein Gläubiger einer bekannten Forderung nicht, so ist der geschuldete Betrag zu hinterlegen. Für Ansprüche, die noch nicht erfüllbar oder noch streitig sind, ist dem Gläubiger Sicherheit zu leisten.

Wenn die Gläubiger befriedigt oder gesichert sind, kann das restliche Vereinsvermögen nach Ablauf des Sperrjahres nach Paragraph 51 Bürgerliches Gesetzbuch an die Anfallberechtigten ausgezahlt werden. Wird das restliche Vereinsvermögen vor Ablauf des Sperrjahres ausgezahlt und entsteht einem Gläubiger daraus ein Schaden, so sind die Liquidatoren, wenn sie schuldhaft gehandelt haben, zum Ersatz dieses Schadens verpflichtet.

Hinweis:

Es empfiehlt sich daher für Liquidatoren nicht, Vereinsvermögen schon vor Ablauf des Sperrjahres an die Anfallberechtigten auszuzahlen.

4. Abschluss der Liquidation

Mit der Verteilung des Liquidationsüberschusses an die Anfallberechtigten nach Ablauf des Sperrjahres und der Durchführung sonstiger noch notwendiger Abwicklungsmaßnahmen, wie zum Beispiel der Beendigung von Prozessen mit Gläubigern des Vereins, wird die Liquidation abgeschlossen. Der Abschluss der Liquidation ist Voraussetzung für die Beendigung des Vereins. Mit der Beendigung des Vereins endet auch das Amt der Liquidatoren. Die Liquidatoren sind aber noch nach Paragraph 76 Absatz 2 Satz 3 Bürgerliches Gesetzbuch verpflichtet, die Beendigung des Vereins zum Vereinsregister anzumelden. Die Beendigung des Vereins ist nach Paragraph 76 Absatz 1 Satz 2 Bürgerliches Gesetzbuch in das Vereinsregister einzutragen, danach wird das Registerblatt des Vereins nach Paragraph 4 Absatz 2 Nummer 2 der Vereinsregisterverordnung geschlossen. Das Registergericht kann das Registerblatt eines aufgelösten Vereins nach Paragraph 4 Absatz 2 Satz 2 der Vereinsregisterverordnung auch schließen, wenn während eines Jahres nach der Eintragung der Auflösung keine weitere Eintragung stattfand und eine schriftliche Anfrage des Registergerichts bei dem Verein unbeantwortet geblieben ist.

E. Allgemeine Hinweise zum Steuerrecht

Besondere Anforderungen an die Gründung des Vereins und die Führung der Vereinsgeschäfte können sich aus dem Steuerrecht ergeben, wenn ein Verein Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen will.

Steuervergünstigungen werden insbesondere gemeinnützigen Vereinen gewährt. Dies sind Vereine, deren Tätigkeit darauf gerichtet ist:

- in gemeinnütziger Weise die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern (Paragraph 52 Abgabenordnung),
- in mildtätiger Weise hilfsbedürftige oder einkommensschwache Personen selbstlos zu unterstützen (Paragraph 53 Abgabenordnung) oder
- mit kirchlicher Tätigkeit die Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts selbstlos fördern zu wollen (Paragraph 54 Abgabenordnung).

Damit ein Verein von der Finanzverwaltung als gemeinnützig anerkannt wird, müssen Vereinsatzung und -tätigkeit besondere Anforderungen erfüllen, die hier nicht im Einzelnen dargestellt werden können. Die Voraussetzungen sind in den Paragraphen 51 (und fortfolgende) der Abgabenordnung geregelt. In der Anlage zur Abgabenordnung sind Mustersatzungsbestimmungen enthalten, die auch für Vereine gelten.

Hinweis:

Es ist ratsam, vor der Gründung eines gemeinnützigen Vereins mit dem zuständigen Finanzamt zu sprechen, das gegebenenfalls auch Hinweise auf weitere Förderungsmöglichkeiten für den Verein geben kann.

F. Weitere Informationen

Die Justiz- und Finanzministerien der Länder bieten zahlreiche weitere Broschüren zum Vereinsrecht und Steuertipps für Vereine an. Diese können Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Länder finden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat zudem eine Broschüre zum Thema “Unfallversichert im freiwilligen Engagement” veröffentlicht.

Die Mustervorlagen – etwa zum Gründungsprotokoll eines Vereins oder zur Anmeldung beim Amtsgericht – finden Sie unter www.bmj.de/Vereinsrecht.

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium der Justiz
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
11015 Berlin

Publikationsbestellung:

Internet: www.bmj.de
Per Post: Publikationsversand der Bundesregierung,
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

Telefon: (01805) 77 80 90 (14 Ct./Minute,
abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich)
Fax (018 05) 77 80 94

Stand: November 2011

Gestaltung der Broschüre: MediaCompany GmbH, Bonn

Bildnachweis Seite 3: Thomas Imo/photothek

www.bmj.de

Hinweise zur Verwendung von Publikationen:

Die Druckschriften und Medien werden vom Bundesministerium der Justiz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie dürfen weder von Parteien noch von Wahlwerbbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schriften dem Empfänger zugegangen sind, dürfen sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die Broschüren und Medien des Bundesministeriums der Justiz sind nicht für den gewerblichen Vertrieb bestimmt.